



Martin Patzelt MdB



Liebe Leserinnen, liebe Leser, zehn Tage habe ich auf den Philippinen verbracht, um mich dort ausführlich über die Lage der Menschenrechte zu informieren. Mehr darüber auf der nächsten Seite. Am Donnerstagabend stand ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf der Tagesordnung. Gefordert wurde die Einrichtung einer Luftbrücke in Syrien, um die Not in dem von einem jahrelangen Bürgerkrieg geplagten Land zu mildern. Ich habe an der Abstimmung nicht teilgenommen, denn ich hätte gegen meine Fraktion mit Ja stimmen müssen. Es

kommt immer wieder auf das Gewissen des Einzelnen an. Gute Nachrichten gibt es für alle Alleinerziehenden, die auf Unterhaltsvorschuss angewiesen sind. Die bisher gültige Altersgrenze von 12 Jahren sowie die Beschränkung der Bezugsdauer auf sechs Jahre werden aufgehoben. Ab 2017 soll der Elternvorschuss bis zum Alter von maximal 18 Jahren bezogen werden können. Darüber gibt es auch bereits eine grundsätzliche Einigung mit den Bundesländern. Erschreckend ist die äußerst geringe Rückholquote bei den säumigen Vätern (Müttern). Im Bundesdurchschnitt werden

nur rund 30 Prozent aller zur Zahlung verpflichteten Väter (Mütter) auch tatsächlich zur Kasse gebeten. Spitzenreiter ist Bayern mit 34 Prozent, Schlusslicht Bremen mit 11 Prozent. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Intensiv beraten wird derzeit eine Novellierung des SGB VIII. Dabei hat sich gezeigt, dass die meisten betroffenen Verbände große Bedenken gegen die geplante Veränderung haben.

Ich wünsche eine angenehme Lektüre,
Ihr

Menschenrechte als Grundlage für Wohlstand

Wie wichtig Menschenrechte für Rechtsstaat und Gesellschaft sind, hat sich nicht nur bei meiner Reise auf die Philippinen gezeigt. Im Ausschussgespräch am 20.10.2016 stellte Gaetan Roy, der Vorsitzende des Dachverbandes netzwerk-m, die Arbeit des Netzwerkes u.a. zu den Themen Menschenrechte, humanitäre Hilfe und Freiwilligenarbeit vor. Seine langjährige Erfahrung, dass Deutsch-

land als verlässlicher und angesehener Partner gesehen wird, entspricht auch meinen Beobachtungen. Hier kommt uns zugute, dass wir nicht als Ankläger oder Staatsanwalt in Länder reisen, um Fehler zu finden und anzuprangern. Stattdessen betonen wir aufgrund der vielfältigen positiven Erfahrungen Deutschlands den kollektiven Mehrwert der Menschenrechte. Wir suchen den Dialog und

ermöglichen so Ländern wie den Philippinen oder Nepal die Wahrnehmung anderer Modelle im Umgang mit Menschenrechten. Dadurch bleiben starke regionale Partner wie China nicht alleiniges Vorbild. Hierbei bleibt für mich die Freiheit als Menschenrecht ausschlaggebend als Grundlage für Wohlstand und als Quelle für die Zukunft.

Unberechtigte Vorwürfe wegen Drogenbesitz auf den Philippinen

Vom 6. bis 16. Oktober habe ich die Philippinen besucht. Ich habe dort mit Regierungsvertretern, Abgeordneten, Senatoren, Menschenrechtlern sowie mit Vertretern von NGOs und der katholischen Kirche Gespräche über die Menschenrechtslage geführt. Dabei konnte ich hoch-



Police Superintendent Sarah Abad, Assistant Chief

rangige Vertreter wie den Innenminister und Kardinal Tagle treffen. Begleitet wurde ich auf meiner Reise durch die Menschenrechtsorganisation IPON (International Peace Observer's Network) und eine Fernsehjournalistin. Besonders beeindruckend fand ich die Visite eines Jugendgefängnisses.

Die Philippinen befinden sich in einer schwierigen Situation. Der Präsident, der dem Drogengebrauch mit allen Mitteln den Kampf angesagt hat, befürwortet auch Mittel, die unserem rechtsstaatlichen Verständnis und den Menschenrechten zuwider laufen. Ein Staat muss sich immer an Recht und Gesetz halten, will er nicht langfristig das Vertrauen der Menschen in ihn unterminieren.

Im Gespräch mit vielen Menschen vor Ort habe ich festge-

stellt, dass sich gerade die Armen vom neuen Präsidenten Rodrigo Duterte eine unverzügliche Verbesserung ihrer Lebensumstände erhoffen. Unter den vielen Drogenprofiteuren und -abhängigen dominiert die Angst, erkannt und bestraft zu werden. Aber auch eine wachsende Zahl von Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen regionale Politiker kritisierten, lebt in der ständigen Furcht, von ihren Gegnern, die oft selbst in die Drogenszene verwickelt sind, mit dem unberechtigten Vorwurf eines Drogenbesitzes mundtot gemacht oder sogar extralegal getötet zu werden. Das alles passiert jeden Tag. Bei den Menschenrechtsverteidigern herrscht Ratlosigkeit, was in dieser Situation zu tun ist. Die meisten Menschen sind mehr oder weniger rechtlos, weil die Justiz des Landes versagt und das Verhalten des Präsidenten unter dem Aspekt der Menschenrechte unannehmbar ist. Die Wirkungen sind für das Land verheerend.

Mein Besuch hat in der Landespresse Erwähnung gefunden. Der „Philippine Daily En-



Beauftragter für Menschenrechte Mr. Jose Luis Martin Gascon

quirer“ hat über mein Treffen mit philippinischen Abgeordneten berichtet. Ich habe dort erklärt, dass Menschenrechte niemals als selbstverständlich angesehen werden sollten. Sie müssen permanent verteidigt werden. Sie sind für eine demokratische Gesellschaft unverzichtbar. Ich habe meinen Gesprächspartner klar gemacht, dass der hohe deutsche Lebensstandard zu einem gewissen Teil auf die hohe Bedeutung der Menschenrechte in unserem Land zurückzuführen ist. Es besteht eine enge Beziehung zwischen Sozialstandards und Menschenrechten.



Innenminister Ismael Sueno

Illegalen Organtransplantationstourismus strafrechtlich sanktionieren

Im Gespräch von Mitgliedern des Menschenrechtsausschusses mit Vertretern der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte, der LAOGAI-Foundation, sowie der World Organization to Investigate the Persecution of Falun Gong am Montag (17.10.2016) wurde noch einmal deutlich und dringlich aufgezeigt, dass der durch den chinesischen Staat systematisch unterstützte illegale Handel mit menschlichen Organen dringend strafrechtlich sanktioniert werden muss, damit missbräuchliche Organtransplantationen unterbunden werden.

Die Indizien für unfreiwillige Organentnahmen an zum Tode Verurteilten und die zwangsweisen Organentnahmen an Falun Gong-Praktizierenden und anderen in chinesischen Lagern inhaftierten Minderheiten sind schon seit Jahren bekannt und verdichten sich immer mehr zu handfesten Beweisen. (Studien von Kilgour, Gutmann und Matas (Bloody Harvest/The Slaughter, Update - endorganpillaging.org/anupdate/ 20.10.2016, 17:01 h), sowie Matas/Trey, (Staatsorgane (2013)). Es ist bekannt, dass westliche Transplantationsmediziner und pharmazeutische Firmen mit chinesischen Organtransplantationskrankenhäusern und -zentren zusammenarbeiten und damit zu einer Ausweitung des Organtransplantationstourismus beitragen.

Ich meine, dass es über eine Resolution hinaus eine Anhörung zu diesem Thema im Menschenrechtsausschuss geben

sollte und dass man, um dieser nicht mehr hinzunehmenden Menschenrechtsverletzung unbedingt Einhalt zu gebieten, diesen illegalen Organhandel strafrechtlich sanktionieren sollte. Spanien und Israel gehen mit gutem Beispiel voran und haben schon Gesetze verabschiedet, um den Organtransplantationstourismus zu verhindern. Daneben gibt es auch in Belgien, Frankreich, Kanada und Australien immerhin schon Gesetzesentwürfe, in denen der illegale Handel mit menschlichen Organen sowohl im eigenen Land als auch außerhalb verboten und strafbar gemacht werden soll.

Ich habe daher der Menschenrechtsbeauftragten der Bun-

desregierung, Bärbel Kofler, die anlässlich des bevorstehenden 35. Menschenrechtsdialogs zwischen der EU und China in Brüssel am Mittwoch zur Unterrichtung über die Lage der Menschenrechte in China in den Menschenrechtsausschuss kam, ans Herz gelegt, zu prüfen, ob es nicht möglich sei, durch entsprechende Gesetzesmaßnahmen in unserem Transplantationsgesetz zu reagieren und die gesetzeswidrige Herkunft eines Organs, eine nicht freiwillige Organspende, strafrechtlich zu sanktionieren, um dem weiteren Missbrauch des illegalen Organhandels vorzubeugen.



© Deutscher Bundestag / Achim Melde

Menschenrechtsausschussgespräch mit dem Menschenrechtsausschuss-Mitglied Martin Patzelt, CDU/CSU, (2.v.re), dem Vorsitzenden Michael Brand, CDU/CSU (3.v.re), Vorsitzender des Ausschusses des Deutschen Bundestages für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und Peter Müller (2.v.li) von der LAOGAI-Foundation, Hubertus Körper (4.v.li) von der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte, Lei Zhou (5.v.li) und Lebin Ding (6.v.li), Direktor von WOIPFG (World Organization to Investigate the Persecution of Falun Gong) in Europa

Martin Patzelt, MdB

Mitglied im Ausschuss für
Familie, Senioren, Frauen und
Jugend
Mitglied im Ausschuss für
Menschenrechte und
Humanitäre Hilfe
Mitglied im Unterausschuss
Bürgerschaftliches Engagement

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer
Oleksii Kysliak

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Anna Fabisch
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
martin.patzelt.ma04@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Dr. Markus Zaplata
Saarlouiser Str. 35
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
geöffnet: Do 16-18 Uhr

Um diesen Newsletter zu
abonnieren, senden Sie uns
bitte eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Einblicke in den Bundestag



Praktikantin Amei Stock

Ein jeder Tag im Parla-
ment mit den Abgeord-
neten und Mitarbeitern
zeigt das faszinierende
und komplizierte Netz-
werk der Zusammenhänge
der Politik. So kann
kein Thema einseitig
betrachtet, sondern es
muss im Zusammen-
spiel mit vielen ande-
ren gesehen werden.
Meine zwei Wochen im
Bundestag haben mir
auf der einen Seite ei-
nen spannenden Ein-
blick in die Abläufe des

Parlaments gegeben.
Sie haben aber eben-
falls gezeigt, wie wichtig
die Person des Politi-
kers als Mittelpunkt
eines Netzwerkes ist.
Hier kommen z.B. Wahl-
kreis und Interessen-
gruppen, die inhaltliche
Arbeit in Ausschüssen
sowie Abstimmungen
und Reden im Plenum
zusammen. Auch wenn
ich in meinem Studium
der Internationalen Be-
ziehungen bereits viel
über Politik und Verwal-

tung gelernt habe, er-
staunt mich die Komplexi-
tät der Praxis doch im-
mer wieder. Aus den Ge-
sprächen und Veranstal-
tungen von und mit
Herrn Patzelt, die ich
begleiten durfte, sowie
den Arbeitsgruppen, Aus-
schüssen und dem Ple-
num nehme ich viele
Informationen und Wis-
sen mit, wofür ich mich
herzlichst bedanke!

Amei Stock



Gespräch mit Mitgliedern "IVCG young professionals" (Internationale Vereinigung Christlicher Geschäftsleute).